

Kreistagsabgeordneter Hans Meyer – Stellungnahme der SPD-Fraktion vom 14.01.2014 zum Jahreshaushalt 2014

„Auch ich möchte mich vorab bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit an diesem Haushaltsentwurf bedanken. Mein besonderer Dank gilt Herrn Neubert und dem Landrat für die detaillierten Informationen in der Fraktionsberatung.

Der Haushalt ist vorhin vom Landrat sehr ausführlich dargestellt worden. Deshalb möchte ich mich bei meinen Ausführungen auf wenige Aspekte beschränken. Uns geht es finanziell gut. Die Summe der ordentlichen Erträge steigt auf ein Rekordniveau von 221 Mio. €. Der Hauptgrund dafür ist die positive wirtschaftliche Entwicklung und die dadurch steigenden Steuereinnahmen, die zu einem größeren FAG-Topf führen. Die kommen zwar in erster Linie den Gemeinden zu Gute. Aber auch der Landkreis profitiert über die Kreisumlage davon. Hinzu kommt, dass die auch die außerordentlich gute Entwicklung der Städte und Gemeinden bei den Steuereinnahmen über die Kreisumlage erheblich mehr Mittel in die Kasse spült. So kann der Landkreis auch in diesem Jahr wieder über 9 Mio. € Überschüsse erwirtschaften.

Dem stehen natürlich entsprechende Investitionen gegenüber. Zieht man von dem Überschuss die Pflichttilgung von 4,6 Mio. € ab, verbleiben für Investitionen nur 4,5 Mio. €. Der vorgesehene Investitionsbedarf für 2014 beläuft sich aber auf 25 Mio. €, was letztendlich zu einem Kreditbedarf von rund 15 Mio. € führt. Die im Haushaltsplan aufgeführte Nettoneuverschuldung von nur 3,8 Mio. € ist irreführend, denn wir werden 12 Mio. € aus unseren liquiden Mitteln, das sind nach der neuen Haushaltsverordnung auch Rücklagen aus Gebührenhaushalten, die dem Gebührenzahler gehören und Rückstellungen für den erforderlichen Rückbau der Deponien, die zwingend gemacht werden müssen. Beide Entnahmen sind daher als eine Art „innerer Anleihe“ anzusehen und damit auch als Neuverschuldung anzusehen.

Nach Jahren der Entschuldung beim Landkreis laufen wir in diesem Jahr also wieder auf eine Neuverschuldung zu. Auch wenn davon auszugehen ist, dass nicht alle vorgesehenen Projekte in diesem Jahr kassenwirksam werden, wird es wohl zu einer Neuverschuldung kommen.

Dies widerspricht an sich der These, dass man in guten Zeiten Geld zurücklegen sollte, um in schlechteren Zeiten sich nicht noch extremer verschulden zu müssen. Aber andererseits gibt es einen enormen Investitionsstau. Die angeführten Investitionen

sind zum allergrößten Teil notwendig und für die weitere Entwicklung des Landkreises wichtig. Ich werde einige Punkte gleich kurz ansprechen.

Aber angesichts der Aufgaben, die wir zu schultern haben, können wir auf Einnahmen nicht verzichten. So können wir dem Wunsch der Bürgermeister, die Kreisumlage zu senken, ein Wunsch, der kontinuierlich jedes Jahr geäußert wird, in diesem Jahr nicht unterstützen. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass die Gemeinden durch die Neustrukturierung des FAG erheblich mehr finanzielle Vorteile haben als der Kreis und dass auch die Steuereinnahmen in fast allen Kommunen kräftig sprudeln.

Lassen Sie mich auf einige Investitionsfelder eingehen. Wir haben in den vergangenen Jahren viel in den schulischen Bereich investiert. Das war richtig und wichtig, weil es sich dabei um Investitionen in die Zukunft handelt. Die letzte größere Neubaumaßnahme, die wir im letzten Jahr begonnen haben, ist die Sanierung und Erweiterung der BBS Technik am Scheefenkamp in Friesoythe. Ein Teil der entsprechenden Mittel ist bereits im Haushalt 2013 bereitgestellt worden. Weitere 2.5 Mio. € stehen in dem heute zu beschließenden Haushalt 2014. Ein weiterer größerer Brocken im schulischen Bereich ist die Bezuschussung des gymnasialen Anteils an den Baumaßnahmen des ULF mit 1,2 Mio. € Hinzu kommen künftig sicher noch größere investive Maßnahmen im Rahmen der Inklusion.

Ein zweiter Bereich, in denen wir in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht haben, ist der Bereich der Kinderbetreuung. Die Förderprogramme zum Bau und zum Betrieb von Kinderkrippen zeigen Wirkung. Auch in unserem ländlich strukturierten Raum steigt die Nachfrage nach Betreuungsangeboten. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch im Bereich der Hortplätze, der Ferienbetreuung und der Nachmittagsbetreuung nachlegen. Wir haben zwar die ersten Beschlüsse in dieser Richtung gefasst durch die Beschlüsse zur Finanzierung von Krippenplätzen und der Bezuschussung der Drittkraft in den Gruppen. Dafür stellen wir im Haushalt 2014 wieder 840000,- € als Zuweisung an die Gemeinden für diese Aufgabe zur Verfügung.

Dennoch werden wir weitere Ganztagsbetreuungsangebote auch für ältere Kinder sowie Ferienbetreuungen anbieten müssen, um Eltern – insbesondere auch Alleinerziehenden- schneller die Möglichkeit zu geben, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Unsere Arbeit für Kinder darf sich aber nicht auf die „normale“ Betreuungsaufgabe beschränken. Die Erfahrung zeigt, dass auch bei uns in den Familien immer mehr Probleme auftreten. Wir werden uns in diesem Bereich in Zukunft noch mehr engagieren müssen. Wenn es uns nicht gelingt durch frühzeitige Hilfen eine Trendwende herbeizuführen, werden uns später die negativen

Auswirkungen überrollen. Wir werden mehr investieren müssen in Prävention, in die Integration von Bürgern mit ausländischen Wurzeln und damit auch umfassender in die Erziehungs- und Familienberatung und in die Betreuung und Begleitung von Schülern und Jugendlichen, damit diese ihren Lebensunterhalt mit einer qualifizierten Arbeit verdienen werden können. Die hier entstehenden Kosten für frühzeitige Hilfe sind wesentlich niedriger als die anfallenden Kosten, die dann entstehen, wenn es schief gelaufen ist.

Lassen Sie mich im nächsten Punkt auf die Verwaltung des Landkreises eingehen. Das Personal des Landkreises hat sich in den letzten 20 Jahren auf über 600?? Bedienstete mehr als verdoppelt, die Bürokratie ist stark gestiegen. Immer mehr Bürger kommen mit der Kreisverwaltung in Kontakt.

Um aber diese Aufgaben möglichst wohnortnah erledigen zu können, sollten wir unseres Erachtens über die bisher schon beschlossene weitere Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen bzw. eine wohnortnähere Bearbeitung von publikumsintensiven Aufgaben ins Auge fassen. Die vorgesehene Einrichtung einer zusätzlichen Zulassungsstelle in Lönningen ist ein weiterer Schritt in diese Richtung. Auch sollten wir weiterhin externe Prüfungen der Organisationsstruktur für einzelne Ämter durchführen lassen, um die Effektivität der Verwaltung zu erhöhen. Dies ist eine seit Jahren Forderung der SPD-Kreistagsfraktion.

Was die Schaffung von zusätzlichen Büroräumen angeht, haben wir als SPD-Fraktion im vergangenen den Anbau ans Kreishaus sowie insbesondere auch dem Neubau einer Kinderkrippe mitgetragen. So stimmen wir natürlich auch dem Ansatz im Haushalt 2014 für beide Einrichtungen zu.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Straßenbau sagen. Die Planungen zum vierstreifigen Ausbau der E233 laufen. Vom Grundsatz her war für die SPD-Fraktion immer klar, dass ein Ausbau dieses Nadelöhrs erfolgen muss. Dies entspricht sowohl den Interessen der Nutzer der Straße, der heimischen Wirtschaft aber durch Trassenumlegung und Lärmschutz den Interessen der Anlieger. Dabei hätten wir einen dreistreifigen Ausbau favorisiert, der sich aber nicht umsetzen ließ.

Bauchschmerzen hat uns immer die Übernahme eines Teils der Planungskosten durch den Landkreis bereitet. Wir haben uns dennoch dafür entschieden, da wir davon ausgehen können, dass diese Kosten bei einer Verwirklichung des Bauvorhabens nach Auskunft der Verwaltung erstattet werden. Sorgen bereitet uns derzeit allerdings, dass die Planungskosten derzeit ständig steigen. Wir hoffen, dass angesichts leerer Kassen

beim Bund der Ausbau in Angriff genommen wird und zwar in dem durch die Planfeststellung vorgegebenen engen Zeitrahmen. Sollte das nicht klappen, hätten wir erheblich Mittel versenkt.

Wir sind zudem froh darüber, dass wir im Haushalt 2014 wieder mehr Geld für den Straßenbau vorgesehen haben. Dies ist wichtig, um unsere Infrastruktur zu verbessern und unsere Straßen in einem vernünftigen Zustand zu halten. Denn nichts ist teurer als die Schäden, die durch nicht erbrachte Unterhaltung entstehen, zu beheben. So stellen wir im Haushalt 2014 für den Ausbau und Verbreiterung von Kreisstraßen über 11 Mio. € zur Verfügung. Hinzu kommen über 2.5 Mio. € für Sanierungen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch kurz anmerken, dass als SPD-Kreistagsfraktion unsere PPP-Projekte auf Grund der steigenden Kosten Sorgen machen. Diesem Vorhaben haben wir damals nur deshalb zugestimmt, weil nur so Zuschüsse von der damaligen Landesregierung zu bekommen waren. Es zeigt sich jetzt, dass solche Projekte, wie hinlänglich bekannt ist, über Nachträge sich stark verteuern.

Eine weitere Maßnahme, die ich hier ansprechen möchte, ist die Übernahme und die Erneuerung der Schleuse Osterhausen. Die Schleuse gehört dem Bund und der wäre in der Pflicht, sie zu erneuern. Da aber von dort keine Sanierung zu erwarten ist, springt der Landkreis als Träger ein. Dies ist für die touristische Infrastruktur wichtig und richtig. In der Abwicklung dieses Projekts sind wir aber immer noch auf dem Stand September 2013 (Nichts Genaues weiß man nicht). Wir können nur hoffen, dass die Zusagen des Staatssekretärs Ferlemann auch eingehalten werden, damit dieses Projekt verwirklicht werden kann.

Ein weiterer Punkt, der die öffentliche Diskussion des letzten Jahres bestimmt hat, ist die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit Werkverträgen insbesondere in der Fleisch verarbeitenden Industrie arbeiten. Hier zeigt sich die Schattenseite des wirtschaftlichen Aufschwunges in der Region. Der wirtschaftliche Aufschwung der Agrarindustrie und anderer Betriebe ist in Teilen der Ausbeutung ausländischer Arbeitnehmer geschuldet. Deutschland verkommt zum Billiglohnland. Diese moderne Sklaverei, sowie prekäre Arbeitsverhältnisse und die ständig steigende Zahlen von Minijobs führen dazu, dass immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze rutschen und die Schere zwischen arm und reich weiter aufgeht. Der jetzt ausgehandelte Mindestlohn in der Fleischbranche kann nur ein erster Schritt sein, zumal er für ausländische Arbeitnehmer nach meinen Informationen nicht bindend ist.

Unser Landkreis erreicht Top-Positionen, was Wirtschaftskraft und wirtschaftliche

Entwicklung angeht. Die Kehrseite der Medaille ist, dass der wirtschaftliche Aufschwung unten nur bedingt ankommt. Beim Lohnniveau, beim Rentenniveau und bei der Frauenbeschäftigungsquote liegt der Landkreis auf Abstiegsplätzen. Es besteht hier massiver Aufholbedarf. Hier ist sowohl die Wirtschaft als auch der Landkreis in der Pflicht. Die Wirtschaft, indem sie endlich auskömmliche Löhne zahlt und mit der Flucht in die Scheinselbstständigkeit, die im Baugewerbe stark zunimmt, aufhört. Der Landkreis, indem er den begonnenen Weg zur Kinderbetreuung konsequent weitergehen. (Ich habe vorhin darauf hingewiesen.)

Auch bei der Prüfung der Unterbringung der Werksarbeiter dürfen wir in unseren Bemühungen, die Standards hoch zu setzen nicht nachlassen und weiterhin intensive Prüfungen der Wohnverhältnisse vornehmen.

Ein Problem hier ist sicherlich auch, dass kostengünstiger Wohnraum im Landkreis Cloppenburg knapp wird. Wir denken, dass der Landkreis über seine Wohnungsbaugesellschaft Möglichkeiten entwickeln sollte, Sozialwohnungen zu schaffen. Vielleicht sollten vom Landkreis angekaufte Gebäude daraufhin überprüft werden, ob sie sich –und sei es auch nur vorübergehend- als Wohnungen eignen, bevor sie zum Verkauf angeboten werden bzw. lange leer stehen. Dies könnte zu einer kleinen Entlastung des Wohnungsmarktes führen.

Zurück zum Haushalt 2014. Die SPD-Fraktion hat die Entscheidung über die meisten Ansätze mitgetragen und stimmt somit auch dem Haushalt 2014 zu.“